



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

GZ 10.000/102-Parl/92

Wien, 23. Dezember 1992

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

3664 TAB

Parlament
1017 Wien

1002-12-30

zu 3700 11

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 3700/J-NR/92, betreffend Einrichtung einer Fachmatura, die die Abgeordneten Dr. Brünner und Kollegen am 28. Oktober 1992 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Welche Schritte haben Sie gesetzt, um durch weiterführende Lehrgänge für Lehrlinge Bildungssackgassen zu verhindern?

Antwort:

Seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst werden aufgrund des Schulorganisationsgesetzes Vorbereitungslehrgänge, Aufbaulehrgänge und Höhere Lehranstalten für Berufstätige angeboten, die Bildungssackgassen vermeiden sollen.

2. Werden Sie legistische Maßnahmen vorbereiten und dem Parlament zuleiten, mit denen eine staatlich anerkannte Fachmatura für Absolventen einer Lehre über spezielle, aufbauende Lehrgänge verankert wird?

Antwort:

Abgesehen von den bereits derzeit unter Punkt 1 ausgewiesenen Maßnahmen ist im Entwurf einer 14. Schulorganisationsgesetzes-Novelle eine Studienberechtigungsprüfung vorgesehen, die

Absolventen einer Lehre den Zugang zu Kollegs und Akademien eröffnen soll. Aufgrund des Begutachtungsverfahrens werden analog den Studienberechtigungsprüfungen im universitären Bereich Vorbereitungskurse vorgesehen werden. Aus den angeführten Gründen erscheint die Einführung einer "Fachmatura" nicht erforderlich.

Die dafür sicherlich erforderliche Ausweitung der Berufsschulzeit stößt außerdem auf den massiven Widerstand der Arbeitgeber.

Zusätzlich dazu wird darauf hingewiesen, daß das in Vorbereitung befindliche Fachhochschul-Studiengangsgesetz den Zugang für Absolventen des dualen Systems zu facheinschlägigen Studiengängen vorsieht.

3. a) Wenn ja, wie weit sind die Vorarbeiten dazu gediehen?

Sind Sie bereit, den Anfragestellern allfällige Konzepte zur Verfügung zu stellen?

Wann ist mit einer diesbezüglichen Regierungsvorlage zu rechnen?

b) Wenn nein, welche Gründe bewegen Sie zu dieser Haltung?

Antwort:

Was die Studienberechtigungsprüfung im Rahmen des Schulorganisationsgesetzes betrifft, ist der Entwurf für die 14. Schulorganisationsgesetz-Novelle auch dem Präsidium des Nationalrates zugegangen. Die Regierungsvorlage wird nach dem erfolgten Abschluß der Auswertung des Begutachtungsverfahrens eingebracht werden.